

kommen. Damals habe es gar keine Freiheit gegeben. Dr. Wilhelm Beck verweist demgegenüber auf den Staats- und Völkerrechtler J. C. Blunschli, der die liechtensteinische Verfassung scharf kritisiert habe. Er schließt sich zwar dieser Kritik nicht an, indem er zu verstehen gibt, daß die Verfassung ziemlich demokratisch ausgestaltet sei.<sup>154</sup> Doch genügt ihm und der Volkspartei diese «ziemlich demokratische Ausgestaltung» nicht, wie es anfänglich bei Dr. Albert Schaedler und den dem Volksblatt nahestehenden Landtagsabgeordneten der Fall war. Es geht der Volkspartei um einen dem Zeitgeist (demokratischer Zug) entsprechenden Ausbau der Verfassung und Einführung des Regierungssystems. Dieser Zeitgeist wird im L. V. angeprangert. So heißt es im L. V. vom 22. März 1918: «Es zeigte sich, daß eine Abart von zersetzendem Liberalismus in die Stube der Gemeinde- und Landesbehörden eingedrungen; ein Liberalismus, der es allen recht machen will, um am Ruder zu bleiben oder ans Ruder zu kommen; ein Liberalismus, der die Autorität der weltlichen wie geistlichen Behörden langsam, aber umso sicherer untergräbt.»<sup>155</sup> Im L. V. vom 1. März 1919 wird vor einem, unter dem Namen Freiheit anziehenden Absolutismus gewarnt, wie er schlimmer unter Roms Kaisern nicht geherrscht habe. Es sei deshalb Grund genug geboten, Vorsicht walten zu lassen.<sup>156</sup> Die Befürchtungen des L. V. und der Bürgerpartei in staatspolitischer Hinsicht gründen sich darauf, daß das «demokratische Element dem kleinen Fürstentum Liechtenstein... ein Ende bereiten würde».<sup>157</sup> Deshalb vertritt die Bürgerpartei von allem Anfang an den Standpunkt, wie er übrigens auch im Parteiprogramm ausdrücklich niedergelegt ist, daß sie zwar Änderungen vertrete, doch nur solche, die Fortschritt versprechen. Ansonsten werde sie das «gute Alte» entschieden vertreten.<sup>158</sup> So sollte die Verfassungsrevision nach Ansicht der Bürgerpartei auf eine besser auszubauende konstitutionelle Monarchie, in der «die mittelbare oder repräsentative Demokratie im Vordergrund steht»,<sup>159</sup> ausgerichtet sein. Die Zurückhaltung der Bürgerpartei gegenüber einschneidenden Verfassungsänderungen, vor allem in Hinsicht auf die von der Volks-

<sup>154</sup> So Landtagsrede vom 24. Oktober 1918.

<sup>155</sup> Nr. 12.

<sup>156</sup> Nr. 17, 1. März 1919.

<sup>157</sup> Nr. 47, 30. November 1917.

<sup>158</sup> L. V. Nr. 1, 4. Januar 1918.

<sup>159</sup> L. V. Nr. 95, 29. November 1919; dabei wird vermerkt, daß die Bürgerpartei auch einer Aufnahme von Volksabstimmungen in die Verfassung, womit der unmittelbaren Demokratie gedacht werde, positiv gegenüberstehe.